

VORSCHLAG DES PRÄSIDIUMS ZUR EINSETZUNG VON AUSSCHÜSSEN

1. Staatsaufgaben und Staatsziele

Umfassende Analyse der Staatsaufgaben und der Frage staatlicher Kernaufgaben. Frage eines umfassenden Kataloges von Staatszielen in der Bundesverfassung.

2. Legistische Strukturfragen

Juristische Vorgangsweise im Zusammenhang mit der Inkorporierung von Verfassungsgesetzen und Verfassungsbestimmungen in die neue Bundesverfassung (einschließlich der Vorgangsweise zur Vermeidung der zahlreichen nur in der österreichischen Verfassungspraxis bekannten „Verfassungsbestimmungen“ zur Verfassungsdurchbrechung); anschließend Klärung der Frage des juristischen Schicksals jener Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen, die nicht in die neue Bundesverfassung inkorporiert werden, sowie jener Bestimmungen des geltenden Bundes-Verfassungsgesetzes (z.B. solcher operationalen Inhalts), die nicht in die neue Bundesverfassung übernommen werden.

3. Staatliche Institutionen

Aufbau des Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Selbstverwaltung), Wahlen, Instrumente der direkten Demokratie, Verfassungsautonomie, Verhältnis zwischen Gesetzgebung und Vollziehung unter dem Gesichtspunkt des Legalitätsprinzips sowie der EU-Rechtssetzung.

4. Grundrechtskatalog

Erarbeitung eines Grundrechtskataloges (Grundrechte, Bürgerinnen- und Bürgerrechte, Persönlichkeitsschutz) unter Bedachtnahme aller einschlägigen nationalen, internationalen und europäischen Regelungen.

5. Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden

Schaffung eines klaren, nach abgerundeten Leistungs- und Verantwortungsbereichen gegliederten Kataloges von Gesetzgebungskompetenzen und Vollzugskompetenzen unter Berücksichtigung der Rechtslage der Europäischen Union.

6. Reform der Bundesverwaltung

Reform der Bundesverwaltung einschließlich der Selbstverwaltung auf Bundesebene.

Struktur der Organe der Verwaltung und Möglichkeiten der Privatwirtschaftsverwaltung insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt des

effizienten Mitteleinsatzes, der Transparenz, der Bürgerinnen- und Bürgernähe (z.B.: Partizipation) sowie der Entwicklung des E-Government (Strukturen und Ressourcen einschließlich Personal), einschließlich der ausgegliederten und beliehenen Rechtsträger dieser Ebene.

7. Reform der Landes- und Gemeindeverwaltung

Reform der Landes- und Gemeindeverwaltung einschließlich der Selbstverwaltung, soweit sie nicht auf Bundesebene erfolgt.

Struktur der Organe der Verwaltung und Möglichkeiten der Privatwirtschaftsverwaltung insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt des effizienten Mitteleinsatzes, der Transparenz, der Bürgerinnen- und Bürgernähe (z.B.: Partizipation) sowie der Entwicklung des E-Government (Strukturen und Ressourcen einschließlich Personal), einschließlich der ausgegliederten und beliehenen Rechtsträger dieser Ebene.

8. Demokratische Kontrollen

Einrichtungen einer effizienten und effektiven Kontrolle im Bereich von Bund, Ländern und Gemeinden:

- Rechte der Parlamente einschließlich der Minderheitsrechte (z.B.: Untersuchungsausschüsse),
- Rechnungshöfe und Volksanwaltschaften,
- Frage der Amtsverschwiegenheit.

9. Rechtsschutz, Gerichtsbarkeit

Einrichtung eines effizienten und effektiven Rechtsschutzes unter dem Gesichtspunkt rascher und bürgerinnen- und bürgernahe Entscheidungen:

- Ordentliche Gerichtsbarkeit,
- Gerichtshöfe öffentlichen Rechts,
- Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Ländern
- Sondersenate

10. Finanzverfassung

Reform der Finanzverfassung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung und eines bedarfsgerechten Finanzausgleichs.